

1 **Diskussionspapier der Bremer Jusos zur Parteireform**

2
3 Die SPD muss sich erneuern, politisch und organisatorisch. Dies war eine der Erkenntnisse
4 aus dem desaströsen Ergebnis bei der Bundestagswahl 2009 und dem rapiden Mitglieder-
5 schwund der letzten 20 Jahre. Auf dem Parteitag in Dresden wurde daher beschlossen bis
6 zum nächsten ordentlichen Parteitag 2011 einen Prozess in Gang zu bringen der in eine
7 Reform der SPD münden soll.

8 Die Bremer Jusos sehen begrüßen diesen Prozess. Für uns ist die Richtung dabei klar: Wir
9 wollen die SPD als Mitgliederpartei weiterentwickeln und für die Mitwirkung Interessier-
10 ter von außen öffnen. Dies lässt sich unserer Ansicht nach nicht mit einer einzigen Reform
11 bewältigen, noch ist sie von „oben“ herab zu verordnen. Dafür sind die Herausforderun-
12 gen zu groß und die Strukturen der SPD vor Ort zu unterschiedlich. Vielmehr müssen auf
13 allen Ebenen Maßnahmen ergriffen werden, um die Partei in die genannte Richtung wei-
14 terzuentwickeln.

15
16 Mit dem vorliegenden Papier soll zu den Reformen der Bundespartei Stellung genommen
17 werden. Angesichts des im Dezember stattfindenden Parteitages ist es notwendig sich
18 jetzt zu positionieren. Darüber hinaus ist dies die Ebene der SPD die in der Öffentlichkeit
19 am stärksten wahrgenommen wird und auf die die Mitglieder zu gleich den geringsten
20 Einfluss haben. Unsere Vorschläge sind darauf ausgerichtet den Einfluss der Mitglieder zu
21 erhöhen, damit nicht mehr der Eindruck besteht, dass Entscheidungen der Bundespartei
22 unabhängig von den Vorstellung der Mitglieder zustande kommen.

24 **Mehr Verantwortung für gewählte Parteiorgane**

26 Partei Vorstand stärken – Präsidium abschaffen

27 Laut Organisationsstatut soll das Präsidium die Beschlüsse des Parteivorstandes politisch
28 und organisatorisch umsetzen. Tatsächlich fungiert das Präsidium mit seinen 17 Mitglie-
29 dern wie ein vorgelagerter Vorstand. Seine Beschlüsse werden, oft schon bevor sie im Par-
30 teivorstand Thema waren, an die Öffentlichkeit kommuniziert. Kontroverse Diskussionen,
31 oder gar anders lautende Beschlüsse können so nicht mehr gefasst werden, ohne dass dies
32 als Angriff auf die Parteispitze verstanden wird. Diese Praxis führt dazu, dass der vom
33 Bundesparteitag gewählte und zwischen den Parteitagen für die inhaltliche Beschlussfas-
34 sung zuständige Vorstand entmachtet wird.

35 Wir fordern daher die Abschaffung des Präsidiums. Inhaltliche Diskussionen und Positio-
36 nierungen müssen wieder im Parteivorstand stattfinden. Für die organisatorische und
37 politische Geschäftsführung ist die Parteispitze bestehend aus dem/der Vorsitzenden und

38 seinen/ihren StellvertreterInnen, dem/der GeneralsekretärIn, sowie dem/der SchatzmeisterIn zuständig.

40

41 Parteirat zum kleinen Parteitag aufwerten

42 Auf dem Papier ist der Parteirat zwischen den Parteitagen das höchste Gremium auf Bundesebene. Es soll den Parteivorstand beraten und muss vor wichtigen Beschlüssen angehört werden. In der Realität ist sowohl seine politische als auch seine mediale Bedeutung gering. – Und das obwohl der Parteirat eines der wenigen Organe auf Bundesebene ist, indem nicht nur Berufspolitiker vertreten sind.

47 Um die Beteiligung der Basis zwischen den Parteitagen zu erhöhen, soll an die Stelle des Parteirates ein kleiner Parteitag treten der regelmäßig, mindestens zwei Mal im Jahr, tagt und zu wichtigen inhaltlichen Fragestellungen nicht nur angehört wird, sondern über sie beschließen muss. Wir schlagen eine Größe von 200 Delegierten vor, damit jedem Bezirk/Landesverband mindestens ein Grundmandat erhält. Durch diese Änderung würden Beschlüsse der Bundespartei auf eine breitere Basis gestellt werden, so dass sie von der Basis vor Ort nicht mehr als „Anordnungen“ von oben verstanden würden und mit mehr Überzeugung vertreten werden könnten.

55

56 **Kompetenzen der Mitglieder nutzen - Bundesparteitag vergrößern, Abläufe transparenter gestalten, Mitgliederentscheide vereinfachen**

58

59 Delegiertenanzahl verdoppeln

60 Die SPD ist zu Recht stolz darauf Volks- und Mitgliederpartei zu sein. Bei uns engagieren sich Genossinnen und Genossen mit unterschiedlichen Beruflichen-, Bildungs- und Erfahrungshintergründen. Diese Vielfalt die ein Gewinn für die SPD ist, findet sich auf dem Bundesparteitag leider nicht wieder. Die SPD leistet sich von allen im Bundestag vertretenen Parteien den kleinsten Bundesparteitag. So hat selbst die FDP mit 662 mehr Delegierte als die SPD mit 480 Delegierten, und das als größte deutsche Partei. Delegierte sind daher überwiegend Berufspolitiker oder wichtige Funktionäre. Jüngere, ehrenamtliche Funktionsträger aber auch Migrantinnen und Migranten sind kaum vertreten. Wir sind der Meinung, dass sich die SPD dadurch die Chance entgehen lässt bei ihren Beratungen von den vielfältigen Kompetenzen ihre Mitglieder zu profitieren.

70 Wir fordern daher die Zahl der Delegierten zum Bundesparteitag auf 1000 zu erhöhen um mehr Mitgliedern die Chance zu geben am Bundesparteitag teilzunehmen.

72

73 Transparenz schaffen

74 Demokratie braucht Transparenz. Aber grade auf Bundesebene sind Entscheidungsprozesse und Abläufe für die Mitglieder oft undurchsichtig.

75

76 Wir wollen daher:

77

78 ○ Das für die Mitglieder deutlicher wird, was mit ihren Anträgen passiert. Nur die
79 wenigsten Anträge werden auf Parteitagen diskutiert. Die meisten werden an den
80 Parteivorstand oder die Bundestagsfraktion überwiesen. Was danach mit ihnen
81 passiert weiß keiner. Dies führt dazu, dass sich die Mitglieder nicht ernst genom-
82 men fühlen und sich viele Ortsvereine und Unterbezirke gar nicht mehr mit bun-
83 despolitischen Themen befassen.

84 ○ Das nicht mehr über die Voten der Antragskommission sondern über den Antrag
85 selbst beschlossen wird. Die Voten der Antragskommission sollen den Delegierten
86 als Entscheidungshilfe dienen und nicht die Auseinandersetzung mit dem Antrag
87 ersetzen.

88 ○ Das Parteitage grundsätzlich mehrtägig und am Wochenende stattfinden, damit
89 mehr Anträge auch wirklich diskutiert werden können und Ehrenamtlichen die
90 Teilnahme erleichtert wird.

91 ○ Eine quotierte Redeliste. Frauen sind in unserer Partei auch bei Debatten unterrep-
92 räsentiert. Eine Redeliste in der abwechselnd Frauen und Männer zu Wort kom-
93 men würde einen Beitrag dazu leisten dies zu verringern.

94

95 Mitgliederentscheide vereinfachen

96 Eine Mitgliederpartei darf keine Angst vor der Stimme ihrer Mitglieder haben. Das derzeit
97 für einen Mitgliederentscheid notwendige Quorum von 10 Prozent aller Mitglieder setzt
98 eine hohe Hürde, die einen hohen organisatorischen Aufwand voraussetzt und daher nur
99 selten genutzt wird. Wir fordern daher, das Quorum zu senken und Mitgliederbegehren
100 auch online stattfinden zu lassen.

101

102 **Die Partei öffnen – Mitgliedschaft nicht entwerten**

103

104 Die Beteiligung von Nicht-Mitgliedern ist bei den Jusos gelebte Praxis. Bei uns kann jeder
105 mitmachen und mitdiskutieren, der sich für uns interessiert und unsere Überzeugungen
106 teilt. Wer nicht direkt SPD-Mitglied werden möchte kann erst einmal nur Juso werden und
107 bei uns mitentscheiden. Wir begrüßen, dass die SPD diese Möglichkeiten auf die ganze
108 Partei ausweiten möchte. Ein Entscheidungsrecht von Nicht-Mitgliedern bei Personal- und
109 Sachentscheidungen lehnen wir jedoch ab. Es sind die Mitglieder die mit diesen Entschei-
110 dungen auch über den Tag hinaus leben müssen.. Deshalb sollten Entscheidungsrechte
111 ihnen vorbehalten bleiben.

112